

Öffentlicher Anzeiger

für Tenschern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die Leihspaltenreize 70 Hg. Restamtselle 1.— M.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstunde dieses Blattes, Späterfristige 10. Uhr spätestens 12 Uhr. Verträge und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Vertriebspreis: Druck und Vertrieb 7,00 M. von unserm Vater im Preis bezahlt 7,75 M. und davon 20 M. Briefporto. Nr. 1111-1112 Nr. 25 Hg.

Vertriebspreis und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstunde, Späterfristige 10. Uhr von unserm Vater und allen Späterhalten angenommen.

Amtlisches Verkündigungsblatt für die Stadt Tenschern.

Nr 124

Donnerstag, den 20. Oktober 1921.

60. Jahrgang

Was sollen wir zahlen?

Jeder, der die Verhältnisse in Oberschlesien kennt, weiß, daß ein deutsch-polnisches „Rechenanwendungsblatt“, wie es „Wirtschaftsblätter“ in dem angelegentlichsten hat, unumgänglich ist. Das offizielle England hat den Urteilsspruch zugestimmt. Die wirtschaftlichen Gründe dafür sind noch zu ermitteln. Denn daß es dabei darauf abgesehen gewesen sei, die deutsche Konkurrenz für die britische Industrie auszuhebeln, ist schwer anzunehmen. Die Stimmen in London, die diese oberflächliche Entscheidung mit den höchsten Worten kritisieren, meinen sich von Tag zu Tag, so daß sie von der Regierung nicht überhört werden können. Auch die Arbeiter rufen sich dagegen. Lord George wird seinen letzten Stand haben. Auch wenn er geheime Vorteile von Frankreich eingeholt hätte, wird er bald merken, daß es zu nicht geht.

Sei das völlig verstanden, was er auf der Pariser Konferenz im August wegen Oberschlesien gesagt hat, daß dort Gerechtigkeit obwalten müsse. Es bleibt jetzt abzuwarten, wieviel er seine frühere Erklärung im Londoner Parlament erfüllen wird, daß bei einem Verlust in Oberschlesien Deutschland einen Nachteil bei seinen Kriegsverpflichtungen erhalten müsse. Die Forderungen darüber haben in Paris und London schon eingeleitet. Wollte deutsche Politiker wollen eine erhebliche Kürzung der deutschen Verpflichtungen gewähren, der französische Chauvinismus denkt natürlich anders. An der Seine meint man, die den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen in Oberschlesien würde auch Deutschland keinen Nutzen behalten. Es wird sich bald zeigen, wie der Satz lautet. Denn wir müssen im Auge behalten, daß Frankreich als ständiger Polemiker schließlich der eigentliche Herr der neuen politischen Sittenwerte sein wird.

Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß außer dem direkten Schaden, den wir aus der Beschäftigung von Arbeitern haben, noch der indirekte Schaden der indirekten Wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands erwächst. Wie die Welt jetzt wieder in die Höhe gebracht werden soll, das mag der Himmel wissen. Die deutsche Weltmacht ist, nach dem Dollar gerechnet, kaum noch zwei Fünftel ihrer Stärke. Wir müssen schon zu ganz veränderten Dimensionen unsere Zukunft nehmen, um im Auslande noch einfließen zu können. Wie heute die Dinge liegen, müssen wir verlangen, daß die deutschen Zahlungsverpflichtungen mindestens auf die Hälfte herabgesetzt werden. Eine Abkürzung dieser Forderung würde noch nicht beweisen, daß sie unrichtig ist, sondern nur, daß die widerwärtige Entente-Politik gegen uns fortwähren soll. In Paris und in London stellt man sich heute an, als müßten wir über die Entscheidung von Genf noch entscheiden, und weist mit Vorliebe darauf hin, daß im Weltkrieg für uns niemand eingetreten sei. Dies ist zutreffend, aber es beweist nur, wie stark der Joch der Entente auf andere wirkt.

Noch im Sommer wurden in Amerika Stimmen laut, der Präsident Harding werde dafür sorgen, daß der Rückgang der Entente in eine freie Weltwirtschaft der Nationen umgewandelt werde. Von diesem Plane ist es heute still geworden, und wenn er auch wieder aufleben sollte, mit ihrer oberflächlichen Entscheidung hat die Korporation von Genf im wesentlichen gefehlt, was sie leisten sollte, der Rückgang eine Beschränkung. Nebenfalls haben wir keinen Anlaß, unseren Eintritt in diese Vereinigung zu wünschen. Sonst wird ihm gar noch eine neue Festlegung unserer Zahlungsverpflichtungen übersehen, und wir können dabei erst recht vom Regen in die Traufe.

Bekanntete Lage in Oberschlesien.

Vorbereitungen der Polen.

Wie aus der Internationalen Kommission verlautet, gehen aus dem Industriegebiet fast stündlich Meldungen über einen Flüchtlingszufluß aus dem abgetrennten Gebiete, insbesondere nach der Stadt Tenschern und der Gemeinde Hindenburg, ein. Eine Verhängung der Meldung, daß bereits am Donnerstag eine Befreiung der den Polen zugewiesenen Gebiete erfolgen soll, ist bisher nicht erfolgt. Sollte sie erfolgen, so wird dies sofort offiziell bekanntgegeben werden.

Aus dem Kreise Tarnobrzeg wird die Ankunft von polnischer Kavallerie in den polnischen Grenzorten gemeldet. Nicht nachprüfende Gerüchte wollen wissen, daß die Polen bis zur Koronierung vorzuziehen beabsichtigen. In einzelnen Orten des Kreises sind von Mitgliedern der dortigen polnische Besatzungsbesatzung berichtet worden.

In der Nacht zum Sonntag wurden im Schloßhause von Maceszowitz 40 Gewehre abgehoben. Die Internationalen Kommission in Katowitz sollte jedoch telegraphisch benachrichtigt werden, was jedoch nicht geschah. In derselben Nacht wurde die deutsche Besatzungsministerial in Maceszowitz mit Handgranaten besetzt, so daß sämtliche Fensterbänke in Zimmern zerstört wurden.

Polens neue Zattik.

Die polnische Zattik hat ihre bisherige Form gegenüber der Genfer Entscheidung in auffälliger Weise verändert. Sie hat es aufgegeben, die Forderungen in Oberschlesien anzunehmen und verliert nunmehr die Grenzfrage fast vollständig. Sie richtet jetzt ihr Hauptaugenmerk auf das gemeinsame Wirtschaftsregime des geteilten Industriegebietes. Charakteristischweise führt der „Kurier Warszawski“ aus, es läge die Gefahr eines deutschen Boykotts vor. Polen müsse, mit den Besatzungen zusammenwirkend, darauf hinarbeiten, einen Absatzviertel mit Deutschland zu finden. Polen müsse dabei in Rechnung stellen, daß künftig auch gegenüber Deutschland eine größere Harmonie der englischen und französischen Politik zu erwarten sei. Es werde Polens Aufgabe sein, seinerseits darauf hinzuwirken, daß Oberschlesien seine eitle Bande des Kontinents ließe; die Politik der Regierung müsse entschieden, ruhig und verständlich sein.

Valutapant.

Die Angst vor der Mark.

Eine bankarische Angst vor der Mark hat an der Wertier Börse, dem Zentrum des Devisenhandels in Deutschland eingeleitet, deren Folgerungen alles bisher Dagewesene übertreffen. Der Dollar, der heute die Goldmünze der Welt ist, nach der sich alle anderen Währungen richten, hat an den Tagen nach dem Bekanntwerden der Entscheidung über Oberschlesien in gewaltigen Sprüngen Höhen erreicht, wie es so rasch selbst die schlimmsten pessimisten nicht für möglich hielten. Von 120 sprang er von Tag zu Tag auf 130, dann auf 145 und dann am Montag gar an einen Tage um fast 40 M. Während er am Vormittag dieses Vortages noch mit 165 M. gehandelt wurde, lag er fast um Mitternacht um 210 M. höher. Die Angst vor der Mark hat sich nun auf 194 M. zu erhöhen. Ein Anstieg wurde er schließlich mit 189,90 notiert. Ein wilder Tumult hatte die Börse ergriffen. Alles wollte seine Devisen kaufen, kaufte Industrieaktien. Aber nicht Devisen kaufte, kaufte Industrieaktien. Die an diesem Tage oft um Hunderte von Prozenten stiegen. Es ist diese kurzweilige Verunsicherung, die diese kurzweilige Verunsicherung verursacht hat. Welche Kreise der Bevölkerung, die sich sonst niemals damit beschäftigt haben, sind von dem Börsenieber ergriffen worden. Man hat kein Vertrauen zur deutschen Währung mehr und jeder, der irgend kann, sucht zu jedem Preise sich an den deutschen Wert zu verkaufen. Es ist nicht nur die bankarische Verunsicherung, die diese kurzweilige Verunsicherung verursacht hat, sondern auch die Verunsicherung über die Wert der Währung, die die Währung preisgegeben hat. Welche, die noch ihren Goldwert beibehalten haben: Belgien, die valutarischen Auslands- und Industrieaktien.

Wohl spielt hierbei trassierer Egoismus eine große Rolle; ganz so schlimm, wie es die deutsche Spekulation treibt, sieht es mit uns denn nun doch noch nicht. Steht doch an den ausländischen Börsen die deutsche Währung nicht nur die bankarische Verunsicherung höher als an den inländischen. Weltweite Kreise suchen hier ihr Schicksal in Zentrale zu bringen, suchen das Geld des Vaterlandes zu eigenem Gewinn risikolos auszubringen. Wegen diese bösen Auswüchse und die Nebenwirkungen des Niederganges muß endlich einmal energig eingeschritten werden, soweit es möglich ist.

Soweit es möglich ist. Denn schließlich ist der tatsächliche Wert der Mark zu infamistisch gewissermaßen Spekulation zuzurechnen, als diese den Wert des deutschen Geldes künstlich noch niedriger treibt, als er es schon tatsächlich ist. Aber im Grunde sind das nur Nebenwirkungen, wenn auch gefährlicher Art. Die Wurzel des Übels, ohne dessen Beseitigung niemals Heilung und Gesundung zu erwarten ist, liegt doch an anderer Stelle. Sie liegt in der systematischen Verdrängung der deutschen Wirtschaft durch die Entente, deren Werkzeuge der Versailles Friedensvertrag und seine Folgeerscheinungen sind.

Bar Lage.

Ein sanftmütiges Abkommen aus dem englischen

Wie die „Daily Mail“ wissen will, finden gegenwärtig bedeutende Besprechungen zwischen dem britischen Auswärtigen Amt und der deutschen Regierung statt. Die Verhandlungen betreffen die Form, in der Deutschland sich seiner Entschädigungsverpflichtung gegenüber England in diesem Jahre entledigen soll. Das Deutsche Reich schenkt England eine Anleihe in Höhe von 47 Millionen Pfund. Sterling. Namens der deutschen Regierung hat Minister Dr. Rathenau in London den Vorschlag unterbreitet, diese Anleihe teilweise durch Sachleistungen abzulösen. Dieser deutsche Vorschlag bildet den Gegenstand der gegenwärtigen deutsch-englischen Besprechungen.

Auswertung in Berliner Zeitungsgewerke. In Berlin ist die gesamte hiesige Presse am Dienstag nicht erschienen. Der Grund dazu liegt in einer Diskussion, die am Sonnabend plötzlich beim Moskow-Verlag ausgebrochen ist. Auf Grund einer Vereinbarung innerhalb des großstädtischen Zeitungsgewerkes haben sich sämtliche Berliner Zeitungen mit dem Moskow-Verlag solidarisch erklärt und zum Schutze des Tarifvertrages erklärt, daß sie am Freitag keine Zeitung drucken würden. Nur die „Zeitung“, die „Kreuzzeitung“, „Korrespondenz“, „Freiheit“ und „Akte“ haben sich nicht angeschlossen.

Verhinderung von Parteitag. Die Parteitagung der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, mit Rücksicht auf die durch die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführte politische-parlamentarische Lage den für den 24. und 25. Oktober in Stuttgart anberaumten Parteitag vorläufig zu verschieben. Auch der für den Monat Oktober in Aussicht genommene Reichsparteitag des Zentrums wird erst im November oder Dezember stattfinden. Als Tagungsort ist Berlin bestimmt. Wenn die nötigen Vorarbeiten nicht geklärt werden können, soll auch die Frage eines Programms der Zentrumspartei auf diesen Parteitag entscheiden werden.

Das Attentat auf Dr. Stresemann in Lüdenscheid ist jetzt aufgeklärt. Der Täter, der feinerzeit die Schüsse in den Versammlungssaal der Deutschen Volkspartei abgegeben hatte, ist verhaftet worden, außerdem noch eine Reihe von Mitschülern. Es sind im ganzen 5 Personen und sämtlich eingeschriebene Mitglieder der K. P. Die Hauptperson, von der auch die Schüsse abgegeben worden sind, ist ein gewisser August Schmidt. Vor einigen Tagen war bekanntlich auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt worden.

Das amtliche Resultat der Berliner Wahlen. Nach den vorläufigen Berechnungen sind für die Reichswahl am Sonntag insgesamt 1 672 513 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 845 773 Stimmen, auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfallen. Im einzelnen entfallen auf die Sozialdemokraten 343 695 Stimmen, Unabhängigen 223 045 Stimmen, Kommunisten 197 000 Stimmen, Deutsche Volkspartei 251 728 Stimmen, Deutschdemokratische Partei 129 917 Stimmen, Zentrum 61 433 Stimmen, Christlichsozialistische Partei 84 370 Stimmen, Deutsche Sozialistische Partei 11 830 Stimmen, Deutschnationale Wählerliga 5973 Stimmen, Deutschnationale 9076 Stimmen, und Freie Demokratische Partei 19 700 Stimmen. Die Wählergebnisse der Parteien würden sich die Mandate infolgedessen folgendermaßen verteilen: Deutschnationale 41 (bisher 27), Deutsch-Sozial 1 (—), Deutsche Volkspartei 35 (33), Christlichsozial 11 (10), Zentrum 8 (9), Demokraten 17 (16), Sozialdemokraten 47 (39), Unabhängige 43 (63), Kommunisten 2 (23). Das würde ein Stimmverhältnis von 113 Bürgerlichen gegen 111 Sozialisten, bisher 100 gegen 125 ergeben.

Gesundheit und Gesundheit. Im Preussischen Landtage fordern die Sozialdemokraten einen Beschluß, das Staatsministerium zu ersuchen, schleunigst Bestimmungen zu treffen, daß mit den übrigen zur Eingebung der Erbvertragsparteien dem Ständesaat ein ärztliches Gesundheitsattest beizubringen ist, zum Nachweis, daß die Ehegatten frei von ansteckenden Krankheiten sind.

Die Eingemeindungsfragen im Ruhrgebiet. Die Eingemeindungsfragen im Ruhrgebiet sind durch einen bewährten Vertrauensmann sind Einzelheiten einer informativen Vorbereitung der Staatsregierung mit Vertretern der Städte Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Herne über Eingemeindungsfragen im Ruhrgebiet Ruhr-Einstieg in einer Sitzung in die Presse, namentlich in die Deutsche Presse gelangt, die offenbar Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hat. Es kam der Staatsregierung bei dieser Vorbereitung lediglich darauf an, die Stellungnahme der vier hauptbetreffenden Städte in ihren Grundzügen kennen zu lernen. Eine Festlegung der Staatsregierung selbst in dieser Frage ist bisher keineswegs erfolgt. Weitere sollen unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten demnächst und zwar voraussichtlich an Ort und Stelle weitere Verhandlungen stattfinden.

Keine politische Nachrichten.

Berlin. Ein Disziplinargesetz für die Reichsbeamten unterliegt gegenwärtig der Prüfung der obersten Reichsbehörde.

Stille a. d. Saale. In der Eisenbahnverwaltung nimmt durch die Umbildung der Reichsregierung der Streit 1087, dagegen 200 Arbeiter. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angehörigen ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

Stille a. d. Saale. Das „Stille a. d. Saale“ ist wegen eines Streiks kein neues „Stille a. d. Saale“ in dem die Entscheidung des Reichsverbandes über Oberschlesien kritisch betrachtet wurde, auf drei Tage verboten worden.

Auslands-Rundschau.

Die Ungarn zum Abkommen von Benedig. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte zum Abkommen von Benedig, nachdem das Bürgerland nicht, wie es in den Friedensverträgen von Trianon und St. Germain bestimmt war, ohne weiteres an Österreich fallen, sondern erst in Debenburg eine Volksabstimmung vorgenommen werden soll. Ungarn stand zum ersten Male als gleichberechtigter Verhandlungspartner da, und was es sich mühsam erungen hat, muß es durch die kritische Einwirkung der nunmehr freiwillig übernommenen Verpflichtungen sich zu erfüllen lassen. Die Regierung wird mit dem Strafgeheimnis unterdrückt, von welcher Seite aus auch Besuche gemacht werden würden, die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu verhindern.

Englisch-amerikanische Freundschaftsfeierungen. General Pershing legte in der Weltmilitär-Ally die Medaille des amerikanischen Kongresses auf das Grab des britischen „unbekannten Kriegers“ nieder. In seiner Ansprache gab der General der Hoffnung Ausdruck, daß die beiden Nationen auf den Weg eines dauernden Friedens geführt werden. Der amerikanische Vorkämpfer bezeugte in einer Rede die Versicherung der Kongressmedaille als eine Bestätigung der Freundschaft mit dem amerikanischen Volk an das Volk des britischen Reiches. Lloyd George, der ebenfalls eine Ansprache hielt, erklärte, diese Ehrung des britischen „unbekannten Kriegers“ werde als ein feierliches Versprechen gedeutet werden, daß die beiden mächtigsten Völker, die Kameraden in dem großen Kriege waren, Kameraden bleiben, um einen dauernden Frieden zu verbürgen.

Eisenbahner-Freit in den Vereinigten Staaten. Die Vorstandsglieder von vier Eisenbahngewerkschaften haben Befehl erhalten, ihre Mitglieder aufzufordern, am 30. Oktober in den Ausnahmestellen zu treten. Das gesamte Eisenbahnnetz ist in vier Gruppen eingeteilt, 17 Eisenbahngesellschaften, die zu einer Gruppe gehören, werden am 30. Oktober stillgelegt werden. Der Streik in den anderen drei Gruppen folgt 24 Stunden später. Das Washingtoner Arbeitsamt hat einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der folgende Punkte umfaßt: 1. Spezialbesatz der Eisenbahnen in Lebensabstimmung mit dem großen Krieges-Verkehrsbedarf. 2. Die Eisenbahngesellschaften werden ihre weitergehenden Lohnveränderungsvorschläge zurückziehen. 3. Der Streikbesehl wird für die Dauer der Verhandlungen aufgehoben. Die Eisenbahnerführer erklären aber diesen Vermittlungsvorschlag für unannehmbar. Verhandlungen, die sie mit dem Präsidenten Saching hatten, verliefen ergebnislos. Die Eisenbahngesellschaften glauben den Betrieb trotz des Streiks aufrecht zu erhalten. Die Presse stellt sich meist auf Seiten der Unternehmer, so schreibt „New York Tribune“, das Publikum werde nicht bidden, daß die Löhne der Eisenbahner auf dem jetzigen Standpunkte bleiben, während die anderen Arbeiter eine Lohnermäßigung annehmen müßten.

Sowjet-Rußland. In Moskau ist der Sekretär der politischen Reparatorkommission, Radwicki, ermordet worden. Der politische Außenminister hat dem Generalden Anstrafungen über die einseitigen Schritte zugehört.

Ein Handwerkerbeirat.

Berlin, 18. Oktober. Neuerdings ist beim Reichs-Verfassungsinstitut ein Handwerkerbeirat gebildet worden, der die Aufgabe hat, die Verbindung zwischen dem Ministerium und dem Handwerker aufrechtzuerhalten. Der Beirat setzt sich aus je 5 Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen.

Betrifft endgültige Abgeltung der ehemaligen Kriegsgefangenen wegen Wönnung und Infolge der Gefangenahme erlittener Verluste.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen des Landkreises Weisenfels werden hiermit aufgefordert, ihre Anträge auf Wohnungsnachbewilligung und Entschädigung für die Infolge der Gefangenahme erlittenen Verluste bis **spätestens 25. Okt. d. J.** an den **Hilfsausschuß für heimgekehrte Kriegsgefangene des Landkreises Weisenfels im Weisenfels (Kreisbau)** einzureichen, insofern sie es nicht schon getan haben. **Verträge, die die Anträge müssen außerordentlich schnell zu erledigen sind, sind die Anträge auf Wohnungsnachbewilligung und Entschädigung für die Infolge der Gefangenahme erlittenen Verluste.**

Anspruch auf Abgeltung haben nur ehemalige Kriegsgefangene, die nach dem 9. November 1918 aus der Gefangenenschaft zurückgekehrt sind und auch nur dann, wenn gegenwärtig **Schadhaftigkeit vorliegt.** Ferner können Anträge derjenigen heimgekehrten Kriegsgefangenen keine Berücksichtigung finden, die selbst oder deren Angehörige schon die Wohnung empfangen und eine Entschädigung für abgenommene Gegenstände erhalten haben. Zu den Anträgen sind Vorbrücke zu benutzen, die durch die Ortsgruppe des Reichsverbandes ehemaliger Kriegsgefangener zu bestehen sind.

Weisenfels, den 15. Oktober 1921.

Der Vorsitzende des Kreisbauamts,
Zimmernann, Landrat.

Ausschreibung.

Die Erd-, Mauer- und Asphaltarbeiten zum Neubau eines Dreifamilienwohnhauses an der Francoisstraße in Weisenfels sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Bedingungenunterlagen liegen wöchentlich von 8 bis 12 Uhr vormittags in dem unterzeichneten Bureau zur Einsicht aus und können gegen vorherige kostenfreie Einzahlung von 30.— Mark von diesem bezogen werden.

Angebote sind mit der Aufschrift: „Angebot auf die Ausführung der Erd- und Mauerarbeiten zum Neubau eines Dreifamilienwohnhauses bis zum öffentlichen Verhandlungstermin den 26. Oktober 1921 vormittags 9 Uhr, verschlossen und versiegelt dem Kreisbauamt einzureichen, wobei sich die Eröffnung der Angebote im Gegenwart etwa erlöschener Bewerber zu dem angegebenen Termin erfolgt.“

Weisenfels, den 17. Oktober 1921.

Des Kreisbauamt.

Fernschloß.

Wegen schwerer Mißhandlung seiner Kriegsgefangenen Kameraden hatte sich vor 30 Jahre alte Müller Hagen aus Halle a. S. vor der dortigen Strafkammer verantworten. Hagen, ein vielfach vorbestrafter Mensch, der zuletzt in die zweite Soldatenklasse versetzt worden war, geriet mit einer Anzahl Kameraden in böhmisches Gefangenenshaft und kam in ein Gefangenenslager, von wo aus die gefangenen Deutschen öfters Fluchtversuche machten. Er erbot sich dem böhmisches Kommandanten gegenüber, über seine Kameraden den Aufpasser zu machen und Fluchtlinge wieder einzufangen. In mehreren Fällen brachte er erlöschene Gefangene zurück, die er dann mit Ketten und Socken mißhandelte. Dafür belohnte er vom Lagerkommandanten Erwerbungen. Seinen hungernden Kameraden nahm er Geld ab mit dem Versprechen, ihnen Brot und sonstige Lebensmittel zu beschaffen. Er unterschlug aber diese Gelder. Die Strafkammer Halle verurteilte Hagen zu 6 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Berlin, 19. Okt. Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe dauert weiter an. Auch heute morgen sind nur die drei sozialistischen Blätter und die „Deutsche Zeitung“ erschienen. In einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Wolff wurde in einem Bericht des Vorsitzenden des Arbeiterrates über den bisherigen Verlauf des Konfliktes erwähnt, daß sowohl das Tarifschlichtergericht als auch das Landrat, der Widerspruch der Forerange des Druckereiverbands des Verlanges Woffe für unrichtig erklärt habe. In der Ansprache und in einer Resolution wurde das scharfe Vorgehen der Firma, die nicht verhandelt, sondern die Arbeiter fruchtlos entlassen hat, scharf verurteilt. Vertreter anderer Druckereien bekundeten ihre Sympathie für die Ausgesperrten und erklärten eine geschlossene Front mit den Kollegen bilden zu wollen.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig beginnt am 27. cr. der Prozeß gegen den Regierungspräsidenten Krauß von Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichsländers Reichern von Wangenheim wegen Beteiligung am Kapp-Putsch. Beide Angeklagte werden sich wegen Hochverrats zu verantworten haben.

Die Kommunisten, die in Breslau wegen Bildung einer roten Armee in Untersuchungshaft saßen, waren als Protest gegen die langsame Führung der Untersuchung in den Hungerstreik getreten. Wie die Rote Zeitung mitteilt, sind jetzt alle Inhaftierten bis auf den Kommunisten Delmer aus der Haft entlassen worden.

Auf den eigenen Vater geschossen. Nachdem am Freitagabend der Schloffer Max Hüner in Berlin im Verlaufe eines Streits auf seinen Vater geschossen und diesen verletzt hatte, richtete er die Waffe gegen sich selbst. Er brach tot zusammen.

Beuten, 18. Okt. Auf die Volksbank der Laurahütte in Lauban wurde durch zehn im Auto herankommende Räuber ein Überfall ausgeführt. Raubkassett und Beute mußten mit dem Geißel gegen die Wand geklebt abwarten, bis die Räuber mit 90 000 Mark das Haus verlassen hatten.

Berlin, 18. Okt. Der 30. z. der Reich der Palastischen Justizrat hat eine Weisung über die Hyphthentrate durch Umschließung von 30 000 Mark erteilt.

300 000 Mark gestohlen wurden in dem Dorche Schönbach bei Langensalza (Regier. Erfurt) einer dortigen Landwirte. Die Gelderbstahl auf dem Lande haben sich im Herbst bereits gehäuft, daß den Besitzern doch zu raten ist, ihr Geld lieber bei einer Bank oder Sparkasse unterzubringen, als es im Hause zu behalten.

Dreißiger Landtag.

Berlin, 18. Oktober 1921.

Dem Antrag für Handel und Gewerbe überweisen wird ein Antrag Dr. v. Kauffe (D. 27.) Vorlage zu treffen, daß die Aufbringung der Reparationsleistungen in einjähriger Rente organisiert, insbesondere, daß von der Schaffung eines großen Lieferverbandes abgesehen wird, und daß auch das Handwerk und die kleine und mittlere Industrie herangezogen wird.

Ein Antrag Richter (H.) verlangt, daß bei Rentenschulden gegenüber der Liebergabe landwirtschaftlicher Grundstücke anstelle der Geldrente Naturalleistungen oder eine dem Sinnen der Geldrente entsprechende höhere Geldrente gleichzeitig festgelegt wird. — Es wird der Ausführautrag angenommen, bei der Reichsregierung die Ermächtigung zum Fernmit zur Bewältigung des Reparationsanhangs zu erlangen.

Dann legt man die Ausprache über die Personalpolitik des Ministers des Innern fort. Der kommunistische Eberlein greift die Regierung und besonders die Schutzpolizei auf das heftigste an und kommt dann, obwohl es gar nicht zur Sache gehört, auf Überschleifen zu sprechen. Der Präsident ernt ihm meismals zur Sache, was aber nur ein großes Protestkränze bei den Kommunisten zur Folge hat. Abdam spricht der demokratische Abg. Dejer. Er wird von dem kommunistischen Schulz-Rudolf mit dem Ruf: „Der Dokumentenschieber“ empfangen, worfür Schulz einen Ordnungsruf erhält. Dejer betont u. a.: „Rechtlich müssen wir über das politische Verhalten der Republik wissen, was aber nur unsern Beamten, das ein aktives Einreden für den Staat verlangen, denn sie dienen. Die von Minister Dominicus vertretenen Grundzüge sind jedoch und diesen der Republik. Die Fraktion stellt sich geschlossen und nicht hinter ihn. Einen Eingefall darf man nicht als Mitglied ansehen. Von einer Entschuldigungsverordnung durch Dominicus ist kein Rede.“

Der sozialdemokratische Abg. Eberlein erklärt, daß die Anträge seiner Partei sehr notwendig gewesen sei zur Erhebung der republikanischen demokratischen Staatsrichtung. Der Präsident des Innern möge als richtiger Staatsmann den politischen Resonanzigkeiten Bedingung tragen.

Minister Dominicus.

Die Anträge seiner Partei sehr notwendig gewesen sei zur Erhebung der republikanischen demokratischen Staatsrichtung. Der Präsident des Innern möge als richtiger Staatsmann den politischen Resonanzigkeiten Bedingung tragen.

Reparationsleistungen.

Diese Anfrage begründet der Abg. Krüger (Dnoll) namens seiner Partei und stellt fest, daß die höchste Maßnahme gegen die Verschwendung von Reparationsleistungen, verbilligte Kredite für Kartoffeln und bessere Wagnisverteilung durch die Wirtschaft.

Polizeiverordnung über das Tabakrauchen.

Auf Grund des § 127 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (S. S. 195) sowie der §§ 61 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (S. S. 284) wird unter Zustimmung des Provinzialrates für den Umfang der Provinz Sachsen im gesundheitspolizeilichen Interesse folgendes verordnet:

§ 1. Personen unter 16 Jahren ist es verboten 1. Tabak, Tabakpfeifen, Pipetten, Zigaretten und Zigarettenpapier zu kaufen oder sich sonst anzuschaffen zu verschaffen. 2. Auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Anlagen sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Räumen zu rauchen.

§ 2. Es ist verboten, an Personen unter 16 Jahren, die im § 1 unter Ziffer 1 bezeichneten Gegenstände zu verkaufen oder im Gewerbebetriebe abzugeben.

§ 3. Jeder, unter dessen Gewalt eine noch nicht 16 Jahre alte Person steht, die seiner Aufsicht untergeben ist und zu seiner Hausgenossenschaft gehört, ist verpflichtet, sie von einer Verletzung des § 1 abzuhalten.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 5. Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1921 in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt werden alle anderen, den gleichen Gegenstand betreffenden polizeilichen Vorschriften aufgehoben.

Magdeburg, den 21. Sept. 1917.

Der Oberpräsident. v. Hegel.

1 Grube **Ein Jahr alter Dünger** hat abzugeben **Zachteber** **Zeiterstr. 10.** zu verkaufen **Erno Franke, Oboressi.** 1 großes **Säufers Schwein** **Ein Kleiderstrank** zu verkaufen **ist zu verkaufen** **Gasthof zur Sonne.** **Probststraße 8.**

Telephon-Verzeichnisse sind wieder vorrätig in der **Geschäftsstelle des Blattes.**

Arbeitsnachweis Teuchern.

Antilige Meldestelle für alle offene Stellen.

Gesucht werden: 12 Knechte, 11 Mägde, 2 Klein-knechte, 1 Zirkelrührer, 1 Häuer, 1 jüngerer Schneider, 1 Kammhändler mit glückl. Verbindungen n. ausw., 3 Lehrlinge z. Glasbläser, 1 Aufwartung, 1 Stenotypist, größeres Zahl von Arbeitern im Alter von 16—17 Jahren, 2 Fischer nach ausw., Bauunterhaltungsarbeiter, 1 kräftiger Mann zum Aufhängen, 1 Stellmacher.

Stellen suchen 5 Arbeiterfamilien, 1 Nachwächter, 1 Mann für leichte Arbeit, 1 Frau als Aufwartung, 1 Schuhmacher, 1 Elektroarbeiter.

Achtung! Junge Dame mit blau-graunem Hut, blauem Mantel, (sch. Lächel), fuhr Sonntag d. 16. 10., 5 Uhr, 3. Kl. von Weisenfels nach Teuchern, wird um Angabe ihrer werten Adr. unt. Nr. 100 postl. Weisenfels höfl. gebeten.

1 Knabenstuh mit Stumpf ist gefunden worden. Abzuholen **Willy Röhre, Nordb. Hof.**

Wegekarten der Umgebung zu haben bei **O. Liefrenz.**

Eine Auswahl feinsten **Briefpapiere** in Kassetten, Packungen zu 2/3, oder 1/2, und lose hält vorrätig **Otto Liefrenz, Teuchern.**

Wir empfehlen, solange unser Vorrat reicht, zu den billigsten Preisen:

Margarine (frische Ware) Schmalz
Pfd. 12.—, 12.50, 13.50, 15.— u. 16.— M. Pfd. 18.— M.

Ia. Weizenmehl Pfd. 3.75 M.

Kaffee geröstet und roh
in verschiedenen Preislagen.

Cacao 1/2 Pfd. von 4.50 M. an. | **Tea** Orange-Peaco 1/2 Pfd. 8.50 M.
Tea-essen-Misch. „ 9.—

Schokoladen und Konfituren
in großer Auswahl.

Thams & Garfs.



Lichtspiele Weiße Wand

Achtung! 3 Tage! Achtung!
Freitag, d. 21., Sonnabend, d. 22.
und Sonntag, den 23. Oktober

Der grosse Monumental- und Sittenfilm,
in der Hauptrolle die beliebte Filmschauspielerin **Hella Moja!**

Gräfin Walewska
oder **Napoleons Liebe**

in 6 Akten, zirka 2500 Meter lang.
Hella Moja ward die dankbare Aufgabe zuteil, die schöne Maria Walewska zu verkörpern. Sie gibt mit sehr viel Grazie und seelischer Vertiefung die notwendige Charakterisierung Rudolf Lettingers Napoleon — eine in Maske und Spiel durchaus geglückte Wiedergabe. Sehr hübsche Landschaftsbilder steigern sich zu einem effektvollen Schluss.
Vorführung 6³⁰ und 8⁴⁵

Einem geehrten Publikum von Stadt und Land zur Kenntnis, daß wir durch die immer höhere Steigerung der Preise in allen Rohmaterialien uns gedrungen fühlen, die Preise für Reparaturen sowie Reparaturen auch zu erhöhen.

Die Schuhmacher Zwangs - Innung für Teuchern u. Umgegend
Sitz in Teuchern.

Ia. Spirituosen:
ausst. preiswert

Kornbrennwein 1/2 Fl.	Mk. 31.—
Rümmelkür	" 31.—
Feinsten alten Nordhäuser 1/2 Fl.	" 37.50
Reinen Weinbrand 1/2 Fl.	" 49.—
Reinen Weinbrand 1/2 Fl.	" 55.—
Jamaica Rum Verfä. „	" 55.—
(in einigen Tagen eintrifft)	
Reinen Rum „Winkelhausen“ 1/2 Fl.	" 60.—
Feinsten Eisenbahn-Likör 1/2 Fl.	Mk. 45.—
Feinsten Vanille-Likör „	" 47.50

empfeht

Rob. Näther.

Schlachtefest
Donnerstag
W. Pittmann.

Freitag zum Wochenmarkt
frischen Schenkisch,
feinste Tafelmargarine
Pfd. 14.— Mk.
owie sämtliche anderen Lebensmittel empfiehlt billigst
Becker.

Ich suche mit hoher Anzahl.
Grundstück
Wesfährtschhaus, Gahhof, Gabel, od. Fabrik-Unternehmen, (Pflanzhaus nur, wenn beziehb.) Gegend ist gleich. Brem. verb. Ausführl. Preisang. erb. **E. Schulz,** Hannover, Lutherstr. 28.

Gewaschen mit
Dixin
Henkel's Seifenpulver
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf



Auf Grund der Bekanntmachung vom 3. Juni 1921 werden von der Untereinnahmestelle der Kreisparkasse in Teuchern für die **Finanzkasse Weiskensels** in Zahlung genommen:

Einkommensteuer von Gemeinden
Vermögenszuwachssteuer
Kapitalertragssteuer
Erbchaftsteuer
Reichsnotopfer (nur noch Barzahlungen)

Die Uebermittlung der Steuerbeträge erfolgt kostenlos und gebührenfrei.

Sparkasse des Landkreises Weiskensels
Annahmestelle Teuchern. Näther.

Einige Morg. Land
in irgendwelcher Lage, zu kaufen gesucht. Angebote mit Angabe von Zahl und Preis an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Dreschmaschine Eine Jahre
Fabr. Kadow, 66 Zoll, fahrbar m. Holz-Rahmen, vollständig neu überholt sofort lieferbar
Drescher u. Co., Halle a. S. ist abzugeben.
Landwehrstr. 2. Tel. 6430. **Nonnewitz,** Steinweg 8.

Tilit
Günstigste Mundwasser
Bitter Zafupapa
K. u. D. Dro. Curt Eitze.

Ich bin Dienstag von 8-11 und Donnerstag u. Freitag von 8-12 in Teuchern im Ratskeller zu sprechen.
Mewes,
Rechtsanwalt u. Notar.
Weiskensels a. S.
Saalstr. 12.
Gegenüber der Post.

Kernseife
Doppelt. 250 gr. 3.50 Mk.
Seifenpulver
Terpent.-Salmiak
Pfd. 3.50 Mk.
Ethin und Terp.-Salm.-
Schmierseife
sowie **Toiletteseife**
von 2.75 bis 6.— Mk.
Thams & Garfs.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst.
Otto Heyme und Frau
Ella geb. Fuchs.

Für die anlässlich unserer Silber-Hochzeit dargebrachten Gratulationen u. Geschenke danken herzlich. Besten Dank der Stadtkapelle für die schöne Musik.
Paul Raumschüssel.
Teuchern, im Okt. 21.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer lieben treusorgenden Mutter Schwiegermutter, Gross-Ürgrossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Emilie Goltz
sagen wir allen Verwandten u. Bekannten unsern herzlichsten Dank. Vielen Dank für die Geld- und Kranzspende. Besonderen Dank den Mitarbeiterinnen für den schönen Palmenzweig. Dank Herrn Saz.-Rat Dr. Haupt für seine Bemühungen ebenfalls Dank Herrn Oberpfarrer Plagemann für seine trostreichen Worte am Grabe. Dank allen denen, die die Entschlafene zur letzten Ruhestätte geleiteten.
Der trauernde Gatte
Hermann Goltz
nebst Kindern und Hinterbliebenen.
Rumthal, d. 18. Okt. 1921.

Erhalten, hing. Druck und Verlag von Otto Heyme, Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die halbjährliche Kopysumme 70 Hg. Postanweisung 1.— M.

Abgabeannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstraße 10, des Postamtens vormittags 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtagsfähiger Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 7,00 M. von unserer Vater und Hans gebrocht 7,75 M. und durch den Briefträger 8 M. Einzelnummer 25 Hg.

Stichtagsfähige und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Leipzigerstraße 10, auch von unseren Ärgern und allen Postanstalten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 124

Donnerstag, den 20. Oktober 1921.

60. Jahrgang

Was sollen wir zahlen?

Jeder, der die Verhältnisse in Oberschlesien kennt, weiß, daß ein deutsch-polnisches „Nebeneinanderwirtschafte“, wie es der „Walter-Landrat in Genf“ ausgedrückt hat, unmöglich ist. Das offizielle England hat den Lirtelstpruch „geschlimmt“. Die wirtschaftlichen Gründe dafür sind noch zu ermitteln. Denn daß es dabei darauf abgesehen gewesen sei, die deutsche Konkurrenz für die britische Industrie auszufalten, ist schwer anzunehmen. Die Stimmen in London, die diese oberflächliche Entscheidung mit den härtesten Worten kritisieren, meinen sich von Tag zu Tag, so daß sie von der Regierung nicht überhöht werden können. Auch die Arbeiter rühren sich dagegen. Lloyd George wird seinen letzten Stand haben. Auch wenn er geheime Vorteile von Frankreich eingekauft haben sollte, wird er bald merken, daß es so nicht geht.

Es hat völlig vergessen, was er auf der Pariser Konferenz im August wegen Oberschlesien gesagt hat, daß dort Gerechtigkeit abzuhalten müsse. Es bleibt jetzt abzuwarten, wie weit er seine frühere Erklärung in Londoner Kreisläufen erfüllen wird, daß bei einem Verlust in Oberschlesien Deutschland einen Nachschuß für seinen Kriegskostenabgaben erhalten müsse. Die Erörterungen darüber haben in Paris und London schon eingeleitet. Billig denkende Politiker wollen eine erhebliche Kürzung der deutschen Verpflichtungen gegenüber, die französische Chauvinismus denkt natürlich anders. An der Seine meint man bei den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen in Oberschlesien würde auch Deutschland seinen Augen behaltem. Es wird sich bald zeigen, wie der Satz lautet. Denn wir müssen im Auge behalten, daß Frankreich als Gläubiger Polens schließlich der eigentliche Herr der neuen politischen Situation sein wird.

Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß außer dem direkten Schaden, den wir aus der Verschleifung von Oberschlesien haben, noch der mindestens ebenso schwere

Polens neue Politik.

Die polnische Arieie hat ihre bisherige Politik gegenüber der Genfer Entscheidung in auffälliger Weise verändert. Sie hat es aufgegeben, Wehrforderungen in Oberschlesien anzumelden und versichert nunmehr, die Grenzfrage sei endgültig erledigt. Sie richtet jetzt ihre Hauptanliegen auf das gemeinsame Wirtschaftsstreben des geteilten Industriegebietes. Charakteristischerweise führt der „Kurier Poranny“ aus, es läge die Gefahr eines deutschen Boykotts vor. Polen müsse, mit den Großmächten zusammenwirkend, darauf hinarbeiten, einen Mobus wieder mit Deutschland zu finden. Polen müsse dabei in Achtung bleiben, daß künftig auch gegenüber Deutschland eine größere Dosis Dementie der englischen und französischen Politik zu erwarten sei. Es werde Polens Aufgabe sein, seinerzeit darauf hinzuwirken, daß Oberschlesien seine etwende Wunde des Kontinents bleibe; die Politik der Regierung müsse entschieden, ruhig und beschlüssig sein.

Dalutapanik.

Die Angst vor der Mark.

Eine panikartige Angst vor der Mark hat an der Wertlose Welle, dem Zentrum des Deutschen Handels in Deutschland eingeleitet, deren Folgenungen alles bisher Dagewesene übersteifen. Der Dollar, der heute die Goldmünze der Welt ist, nach der sich alle anderen Währungen richten, hat an den Tagen nach dem Bekanntwerden der Entscheidung über Oberschlesien in gewaltigen Sprüngen Höhen erreicht, wie es so selten selbst die schlimmsten Spekulationen nicht für möglich hielten. Von 120 Franc an vom Tag zu Tag auf 130, dann auf 145 und dann am Montag gar an einem Tage um fast 40 M. Während er am Vorkmittage dieses Vortages noch mit 165 M. gehandelt wurde, liegt er fast um Wunntz zu Wunntz, bis er teilweise gar nur noch für 194 M. zu erhalten war. Umfänglich wurde er schließlich mit 160,90 notiert. Ein seine Bestände an Papiermarkt los werden. Wer nicht Devisen kaufte, kaufte Industrieaktien, die an diesem Tage oft um Hunderte von Prozenten stiegen. Es ist nicht nur die berufsmäßige Börsenpekulation allein, die diese Ausweichungen verursacht hat. Welche Kreise der Bevölkerung, die sich sonst niemals damit beschäftigt haben, sind von dem Börsenieber ergriffen worden. Man hat kein Vertrauen zur deutschen Währung mehr und jeder, der irgend kann, sucht zu jedem Preise sich anstatt des deutschen Papiergeldes Werte zu sichern, die nicht wie dieses der häufigen Entwertung preisgegeben sind, Werte, die sich ihren Goldwert behaupten haben: Wertpapieren des valutaraten Auslandes und Industrieaktien.

Wohl spielt hierbei trassierter Egoismus eine große Rolle; ganz so schlimm, wie es die deutsche Spekulation treibt, steht es mit uns denn nun doch noch nicht. Steht doch an den ausländischen Börsen die deutsche Währung immer noch nicht unbedeutend höher als an den inländischen. Bewußtlose Kreise suchen hier ihr Schicksal ins Zeugnis zu bringen, suchen das Geld des Vaterlandes in eigenen Gewinn freubellos auszubuten. Gegen diese lästen Auswüchse und die Nebenwirkungen des Niederganges muß endlich einmal energig eingeschritten werden, soweit es möglich ist.

Soweit es möglich ist. Denn schließlich ist der latente Sturz der Mark nur insofern gewissenloser Spekulation zuzuschreiben, als diese den Wert des deutschen Geldes künstlich noch niedriger treibt, als er es schon tatsächlich ist. Aber in Grunde sind das nur Nebenerscheinungen, wenn auch gefährlicher Art. Die Wurzel des Übels, ohne dessen Ausrottung niemals Heilung und Gesundung zu erwarten ist, liegt doch an anderer Stelle. Sie liegt in der systematischen Herabdrängung der deutschen Wirtschaft durch die Entente, deren Werkzeuge der Verfall der Friedensvertrag und seine Folgeerscheinungen sind.

Nur Lage.

Ein Sondierungsabkommen aus mit England. Wie die „Daily Mail“ wissen will, finden gegenwärtig bedeutungsvolle Verhandlungen zwischen dem britischen Auswärtigen Amt und der deutschen Regierung statt. Die Verhandlungen betreffen die Form, in der Deutschland sich seiner Entscheidungspflicht gegenüber England in diesem Jahre entledigen soll. Das Deutsche Reich schuldet England eine Vorkleistung in Höhe von 47 Millionen Pfd. Sterling. Namens der deutschen Regierung hat Minister Dr. Rathenau in London den Vorschlag unterbreitet, diese Zahlung teilweise durch Abschreibungen abzugelten. Dieser deutsche Vorschlag bildet den Gegenstand der gegenwärtigen deutsch-englischen Verhandlungen.

Ausprägung im Berliner Zeitungsgewerbe. In Berlin ist die gesamte bürgerliche Presse am Dienstag nicht erschienen. Der Grund dazu liegt in einer Differenz, die am Sonntag abends zwischen dem „Mosses-Berlag“ und dem „Kreuz-Verlag“ über die Verteilung der gemeinsamen Ausgaben bestand. Der „Mosses-Berlag“ hat sich für die Verteilung der gemeinsamen Ausgaben solidarisch erklärt und zum Schluß des Tages abgesehen erklärt, daß sie am Dienstag wegen nicht erschienen würden. Nur die „Deutsche Zeitung“, die „Kreuz-Zeitung“, „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Vöte“ haben erschienen.

Verteilung von Parteitag. Die Verteilung der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, mit Wätsch auf die durch die Entscheidung über Oberschlesien herbeigeführte politisch-parlamentarische Lage den für den 24. und 25. Oktober in Stuttgart abzuräumen Parteitag vorläufig zu verschieben. Auch der für den Monat Oktober in Aussicht genommene Reichsparteitag des Zentrums wird erst im November oder Dezember stattfinden. Als Tagungsort ist Berlin bestimmt. Wenn die nötigen Vorarbeiten noch geleistet werden können, soll auch die Frage eines Programms der Zentrumsparlei auf diesen Parteitag entschieden werden.

Das Vorkommen auf Dr. Stresemann in Eidenfeld ist jetzt ausklärt. Der Führer der feinerzeit die Schlichte in der Verammlungsstad der Deutschen Volkspartei abgegeben hatte, ist verhaftet worden, außerdem noch eine Reihe von Mitgeschickten. Es sind im ganzen 5 Personen und sämtlich eingeschriebene Mitglieder der R. P. D. Die Hauptpersonen, von der auch die Schlichte abgegeben worden sind, ist ein gewisser Hans Schmidt. Vor einigen Tagen war bekanntlich auf die Ergreifung der Führer eine Beschlagnahme von 10 000 M. ausgeföhrt worden.

Das amtliche Resultat der Berliner Wahlen. Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbüreaus sind bei den Stadiverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1 672 512 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen, auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfallen. Im einzelnen entfallen auf die Sozialdemokraten 343 695 Stimmen, Unabhängigen 323 085 Stimmen, Kommunisten 159 970 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 288 988 Stimmen, Deutsche Volkspartei 162 512 Stimmen, Deutschnationale Partei 192 917 Stimmen, Zentrum 61 433 Stimmen, Wirtschaftspartei 84 370 Stimmen, Deutsch-sozial Partei 11 830 Stimmen, Deutschnationale Wählerliga 5973 Stimmen, Ordnungsbund 9076 Stimmen, Freie Vereinigung 9463 Stimmen. Nach einer Berechnung der „Freiheit“ würden sich die Mandate infolgedessen folgendermaßen verteilen: Deutschnationale 41 (bisher 27), Deutsch-Sozial 1 (—), Deutsche Volkspartei 35 (30), Wirtschaftspartei 11 (10), Zentrum 8 (8), Demokraten 17 (16), Sozialdemokraten 27 (33), Unabhängige 43 (63), Kommunisten 21 (23). Das würde ein Stimmverhältnis von 113 Bürgerlichen gegen 111 Sozialisten, bisher 100 gegen 125 ergeben.

Geschlichtung und Gesundung. Im Preussischen Landtage fordern die Sozialdemokraten einen Beschluß, das Staatsministerium zu ersuchen, scheinige Bestimmungen zu treffen, daß mit den übrigen zur Eingebung der Ehe erforderlichen Papieren dem Standesamt ein ärztliches Gesundheitszeugnis beizubringen ist, zum Nachweis, daß die Ehegatten frei von ansteckenden Krankheiten sind.

Die Eingemündungsfragen im Industriegebiet Ruhr-Gebiet. Der amtliche Preussische Pressebericht: Durch einen behauerlichen Vertrauensbruch sind Einzelheiten einer informatorischen Befragung der Staatsregierung mit Verweigerung der Städte Essen, Duisburg, Witten und Gerae über Eingemündungsfragen im Industriegebiet Ruhr-Gebiet in einer Gestalt in die Presse, namentlich in die deutsche Presse gelangt, die offenbar Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hat. Es kam der Staatsregierung bei dieser Befragung lediglich darauf an, die Stellungnahmen der vier hauptbeteiligten Städte in ihren Grundzügen bekannt zu machen. Eine Befragung der Staatsregierung selbst in dieser Frage ist bisher keineswegs erfolgt. Niemanden sollen unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten demnach und zwar vorwiegend an Ort und Stelle weitere Verhandlungen stattfinden.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin. Ein Disziplinargesetz für die Reichsbeamten unterliegt gegenwärtig der Prüfung der gewählten Reichsbehörde.

Halle a. S. Saale. In der Eisenbahnkommission stimmten bei der Urabstimmung über den Streik für den Streik 1087, dagegen 200 Absteiter. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angehörten ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

Hörsing a. M. Das „hörsinger Kreisblatt“ ist wegen eines Artikels „Ein neues C/ab-Verfahren“ in dem die Entscheidung des Rittermündel über Oberschlesien kritisch beleuchtet wurde, auf drei Tage verboten worden.



über einen Pflichtenaustritt aus dem abzutreten den Besitz, insbesondere nach der Stadt Teuchern und der Gemeinde Hindenburg, ein. Eine Veräußerung der Mühle, daß bereits am Donnerstag eine Besetzung der den Polen zugesprochenen Gebiete erfolgen soll, ist bisher nicht erfolgt. Sollte sie erfolgen, so wird dies sofort offiziell bekanntgegeben werden.

Aus dem Kreis Tarnobrzeg wird die Ankunft von polnischer Kavallerie in den polnischen Grenzorten gemeldet. Nicht nachprüfbar sind Gerüchte, daß die Polen bis zur Koronawald vorrücken werden. In einzelnen Orten des Kreises sind von Mitgliedern der Gemeindevorstände polnische Weisungsbefehle verteilt worden.

In der Nacht zum Sonntag wurden im Schlafhause von Magerottowitz 40 Gewehre abgehoben. Die Interalliierte Kommission in Warschau sollte hier von telegraphisch benachrichtigt werden, war jedoch nicht erforderlich. In derselben Nacht wurde das deutsche Reichsstaatsministerial in Wladowitz mit Panzergranaten beschnitten, so daß sämtliche Fensterbänke in Zimmern